



Bericht und Beschlussempfehlung

des Innen- und Rechtsausschusses

Stellungnahme in dem Verfahren vor dem Landesverfassungsgericht betr. Kommunale Verfassungsbeschwerde (Beteiligung an den Kosten der Schüler- beförderung)

Schreiben des Präsidenten des Schleswig-Holsteinischen Landesverfassungsgerichts vom 24. Januar 2012 - Az. LVerfG 1/12 -

Der Innen- und Rechtsausschuss hat sich mit der oben bezeichneten Sache in seiner Sitzung am 15. Februar 2012 beschäftigt.

Er empfiehlt dem Landtag einstimmig, wie folgt zu beschließen:

Der Schleswig-Holsteinische Landtag gibt in dem oben genannten Verfahren keine Stellungnahme ab.

Thomas Rother
Vorsitzender